

Dimitri verhaftet in Jordanien / Trump droht Netanjahu

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag. Ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 24. Oktober 2025 aus Amman, Jordanien, für Reason2Resist. Gestern, einen Tag nachdem israelische Beamte mir die Einreise nach Palästina von Jordanien aus verweigert hatten, wurde ich in Amman verhaftet und verbrachte den Nachmittag in einer jordanischen Gefängniszelle. In dieser Folge werde ich Ihnen die Ereignisse schildern, doch werde ich dies für die zweite Hälfte meines heutigen Berichts aufheben. Zunächst wende ich mich den Geschehnissen in Palästina zu, die unendlich viel wichtiger sind als meine paar Stunden in einer jordanischen Gefängniszelle. Die derzeit drängendste Frage für die Palästinenser lautet: Ist der Völkermord beendet? Die kurze Antwort auf diese Frage lautet eindeutig „Nein“. Allerdings hat die Intensität des Völkermords durch Israel zweifellos erheblich abgenommen. Tatsächlich ist Israel von einem „Völkermord plus“ zu einem „Völkermord light“ übergegangen, aber es handelt sich immer noch um einen Völkermord. Hier ist der Bericht des Gesundheitsministeriums von Gaza über die täglichen Opferzahlen für gestern, den 23. Oktober, der auf dem Telegram-Kanal des Resistance News Network veröffentlicht wurde. Sie werden sehen, dass das Ministerium 14 Märtyrer gemeldet hat, aber nur einer von ihnen wurde durch einen direkten Angriff der Völkermordkräfte Israels getötet. 13 wurden aus den Trümmern geborgen, und zwei Verletzte wurden in den letzten 24 Stunden in Krankenhäuser im Gazastreifen eingeliefert. Die Gesamtzahl der Todesopfer, und das ist natürlich, wie ich und andere schon oft erklärt haben, die Zahl, die hier vom Gesundheitsministerium in Gaza angegeben wird. Es handelt sich um 68.280 Märtyrer und 170.375 Verletzte. Das sind weit über 10 % der Bevölkerung des Gazastreifens vor dem Völkermord. Seit dem Waffenstillstand, der am 11. Oktober in Kraft trat, hat Israel laut Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza 89 Menschen getötet und 317 verletzt, und insgesamt 449 Leichen wurden aus den Trümmern geborgen.

Nun ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Gesundheitsministerium in Gaza gestern keine Todesfälle aufgrund von Hunger gemeldet hat. Wichtig ist zu verstehen oder sich daran zu erinnern, dass Israel vor Beginn der Waffenruhe im Gazastreifen täglich zwischen 65 und 100 Palästinenser getötet und Hunderte weitere verletzt hat. Ein Todesfall und drei oder vier

Verletzte innerhalb von 24 Stunden sind also natürlich ein drastischer Rückgang der Zahl der Todesopfer und der Verletzten. Außerdem meldete das Gesundheitsministerium in Gaza in den Wochen vor dem Waffenstillstand oft mehrere Todesfälle pro Tag aufgrund von Hunger. Wie ich bereits erwähnt habe, wurden am 23. Oktober keine gemeldet. Um zu zeigen, dass die gestrigen Ereignisse seit Inkrafttreten des Waffenstillstands keine Ausnahme darstellen, habe ich auch den Bericht des Gesundheitsministeriums vom Vortag, dem 22. Oktober, auf den Bildschirm projiziert. Wie Sie sehen, gab es an diesem Tag erneut einen Märtyrer aufgrund eines direkten Angriffs durch die Besatzungsmacht, vier wurden aus den Trümmern geborgen und vier Verletzte wurden in den letzten 24 Stunden in die Krankenhäuser des Gazastreifens eingeliefert. Auch an diesem Tag meldete das Gesundheitsministerium in Gaza keine Todesfälle aufgrund von Hunger. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich weit über 100.000 liegt und mehrere hunderttausend betragen könnte. Die einzige Möglichkeit, dies mit Sicherheit festzustellen, besteht darin, zunächst einmal die israelischen Streitkräfte vollständig abzuziehen, die Gewalt vollständig zu beenden und internationalen Experten, Ermittlern und den Medien, insbesondere den internationalen Medien, ungehinderten Zugang zum Gazastreifen zu gewähren, damit sie das gesamte Gebiet durchsuchen und zumindest nach bestem Wissen und Gewissen feststellen können, wie viele Menschen genau getötet wurden. Ich habe dies bereits zuvor gesagt und ich sage es noch einmal: Es würde mich überhaupt nicht überraschen, wenn die Israelis in Gebieten, die für Palästinenser und externe Beobachter derzeit unzugänglich sind, Massengräber angelegt hätten. Das wäre sicherlich nicht abwegig.

Seit dem 11. Oktober sind durchschnittlich sieben Menschen pro Tag getötet und 24 verletzt worden. Kein vernünftiger und fairer Mensch würde das als Waffenstillstand bezeichnen. Es handelt sich hier nicht nur um vereinzelte Todesfälle. Sieben Tote und 24 Verletzte pro Tag sind eine erhebliche und anhaltende Verletzung der Verpflichtungen Israels im Rahmen des Waffenstillstands. Und Israel verstößt nicht nur täglich gegen den Waffenstillstand, was die Angriffe auf die leidgeprüfte Bevölkerung im Gazastreifen angeht, sondern auch hinsichtlich seiner Verpflichtungen zur humanitären Hilfe. Am 21. Oktober berichtete das Medienbüro der Regierung in Gaza, dass bis zu diesem Datum seit Beginn des Waffenstillstands nur 986 Hilfsgüter-Lkw in Gaza eingefahren seien, weit weniger als die erforderliche Zahl von 6.600 Lastwagen. Der Tagesdurchschnitt seit dem 11. Oktober betrug lediglich 89 Lastwagen, verglichen mit der vereinbarten Mindestanzahl von 600 pro Tag. Der begrenzte Einlass, so das Medienbüro der Regierung, „spiegelt die fortgesetzte Politik der Besatzung wider, die Bevölkerung von Gaza zu strangulieren und humanitär zu erpressen“.

Darüber hinaus halten kriminelle israelische Siedler weiterhin Ausschreitungen im besetzten Westjordanland aufrecht. Und einer der vielen großen Mängel dieses Waffenstillstandsabkommens besteht darin, dass es absolut nichts über Israels Verbrechen im Westjordanland besagt. Ein Beispiel für die Gewalt der Siedler ist der Angriff zionistischer Siedler auf ein Kind im Westjordanland am 22. Oktober. Hier sehen Sie ein Foto des Kindes, das von palästinensischen Sanitätern behandelt wird. Ihr Name ist Juri Muhammad Badawi Dabashe. Sie wurde verletzt, als zionistische Siedler sie angriffen, während sie auf dem Weg

zur Al-Tawana-Schule in Masafer Yatta, südlich von Al-Khalil, im besetzten Westjordanland war. Noch gravierender war der Fall einer 55-jährigen Palästinenserin, die ins Krankenhaus gebracht werden musste, nachdem sie von einem maskierten jüdischen Siedler mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen worden war, während sie auf ihrem Land Oliven sammelte. Dies geschah am 20. Oktober. Übrigens sind diese beiden Vorfälle keineswegs eine vollständige Liste der Übergriffe, die diese Siedler seit dem 11. Oktober auf Palästinenser verübt haben. Was Sie dort oben auf dem Bildschirm sehen, ist ein Auszug aus einem Artikel, der am 21. Oktober von der BBC veröffentlicht wurde. Laut BBC ereignete sich der Angriff am Sonntagmorgen in dem palästinensischen Dorf Turmus Ayya im besetzten Westjordanland und wurde von dem US-Journalisten Jasper Nathaniel auf Video festgehalten. Herr Nathaniel sagte, der Siedler habe die Frau mit seinem Stock bewusstlos geschlagen, bevor er erneut auf sie einschlug. Der Wilde schlug erneut auf sie ein, als sie am Boden lag. Sie heißt Afaf Abu Alia und ist vor Ort als Umm Saleh bekannt. Die israelischen Völkermordkräfte teilten der BBC in einer lächerlichen Erklärung mit, dass die Konfrontation – so beschrieb es die BBC – nach dem Eintreffen der israelischen Streitkräfte aufgelöst worden sei und dass die genozidale Instanz jede Form von Gewalt durch Siedler scharf verurteile. Unterdessen wird absolut nichts unternommen, um sie zur Rechenschaft zu ziehen, und oft werden sie sogar geschützt und in ihren Verbrechen unterstützt. Bemerkenswert ist, dass die BBC den Angriff als „unprovoziert“ bezeichnete, als ob eine 55-jährige palästinensische Frau, die auf ihrem eigenen Land Oliven sammelte, diesen barbarischen jungen Israeli, der maskiert war und mit einem Holzknüppel herumfuchtelte, provoziert haben könnte. Habe ich schon erwähnt, wie widerwärtig die BBC ist?

Schließlich berichtet die palästinensische Kommission für Gefangenangelegenheiten am 22. Oktober, dass über 9100 palästinensische Gefangene weiterhin in israelischen Kerkern und Folterlagern festgehalten werden. Sie leiden unter harten Haftbedingungen, anhaltender Unterdrückung und systematischer medizinischer Vernachlässigung. Aus all diesen und weiteren Gründen ist es völlig offensichtlich, dass der Völkermord noch lange nicht vorbei ist. Es hat lediglich eine dramatische Verringerung der Intensität des Völkermords durch Israel gegeben. Das ist zwar von entscheidender Bedeutung und eine gute Nachricht, aber es handelt sich dennoch um eine fortwährende Kampagne der Ausrottung, Folter, Unterdrückung und Enteignung durch die israelische Entität, die von den westlichen Regierungen voll und ganz unterstützt wird.

Israel hat nun vor über einer Woche alle seine lebenden Kriegsgefangenen zurückerhalten. Daher mag es viele von Ihnen überraschen, dass es in den letzten zwei Tagen nur zwei Palästinenser ermordet hat, was die Frage aufwirft, warum dieses mörderische Regime eine so untypische Zurückhaltung an den Tag legt. Es scheint an Donald Trump zu liegen. Die Zeitung The Times of Israel berichtete gerade, dass Trump Netanjahu „zunichte machen“ werde, sollte dieser „den Waffenstillstand zunichte machen“. Wie Sie hier sehen können, basiert dieser Bericht auf Aussagen eines namentlich nicht genannten US-Beamten, der mit dem israelischen Fernsehsender Channel 12 News und dem Korrespondenten Barak Ravid gesprochen hat, der, glaube ich, für The Times of Israel arbeitet. Nein, entschuldigen Sie, er spricht dort im Channel 12-Netzwerk auf Hebräisch. Er sagte, ein US-Beamter habe ihm

mitgeteilt, ich zitiere: „Netanjahu bewegt sich auf einem schmalen Grat mit Präsident Trump. Wenn er so weitermacht, wird er das Gaza-Abkommen ruinieren. Und wenn er das Abkommen zunichte macht, wird Donald Trump ihn zunichte machen.“ An farbenfrohen Ausdrücken mangelt es Donald derzeit nicht.

Nun könnte dies natürlich nichts anderes als Kabuki-Theater sein. Wir haben in dieser Sendung ausführlich darüber gesprochen und ein Beispiel nach dem anderen angeführt, wie westliche Regierungen und insbesondere die US-Regierung, da sie bei weitem der größte Unterstützer der genozidalen Entität ist, regelmäßig an die Presse verbreiten, dass der Präsident oder ein Premierminister, in der Regel jedoch der Präsident der Vereinigten Staaten, wütend oder frustriert oder empört über eine Handlung Israels oder eine Äußerung Netanjahus ist. Und doch fließen die Waffen irgendwie weiter. Und nie geht mit diesen Berichten über Frustration oder Wut auf den Kriegsverbrecher Netanjahu die Drohung einher, dass die USA ihre Unterstützung für die genozidale Entität zurückziehen könnten. Diesmal gibt es jedoch überraschenderweise eine solche Drohung, und sie ist ziemlich eindeutig. Hier sehen Sie einen Bericht aus der Jerusalem Post. Er basiert auf einem ausführlichen Interview, das Donald Trump in den letzten Tagen dem Time Magazine gegeben hat. Trump sagte dem Time Magazine, dass „Israel seine gesamte Unterstützung durch die Vereinigten Staaten verlieren würde, sollte es das besetzte Westjordanland annexieren“. Trump fährt fort: „Das wird nicht passieren, weil ich den arabischen Ländern mein Wort gegeben habe“ – „das“ bezieht sich auf die Annexion. Hintergrund ist, dass verschiedene Kriminelle in der Knesset einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, der die Annexion des besetzten Westjordanlands für die Zwecke des israelischen innerstaatlichen Rechts formalisieren würde. Das wäre ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und hätte keine Gültigkeit im Völkerrecht. Aber seit wann hat das die völkermordende Knesset jemals aufgehalten?

Als Trump vom Time Magazine gefragt wurde, ob Marwan Barghouti ein Spitzenkandidat für die Führung eines palästinensischen Staates sein könnte, antwortete er, dass dies seine „Frage des Tages“ sei und er „eine Entscheidung treffen werde“. Wie wir kürzlich und mehrfach berichtet haben, würde Marwan Barghouti laut Umfragen eine Wahl zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde mühelos gewinnen, wenn diese gegen Mahmoud Abbas, den derzeitigen Präsidenten, dessen Amtszeit längst abgelaufen ist und der von der überwiegenden Mehrheit der Palästinenser und dem Kandidaten der Hamas zutiefst verachtet wird, stattfinden würde. Die Zahlen einer im Mai 2025 von einem renommierten Meinungsforschungsinstitut in den besetzten palästinensischen Gebieten durchgeführten Umfrage zeigen, dass 50 % der unter Besatzung lebenden Palästinenser für Barghouti stimmen würden, etwa 38 % für den damaligen Hamas-Führer und nur 11 % für den derzeitigen korrupten Kollaborateur Mahmoud Abbas. Um nun deutlich zu machen, dass Trump an der Zwei-Staaten-Illusion festhalten will, erklärte US-Vizepräsident J.D. Vance bei seiner Ankunft in dem genozidalen israelischen Staat gegenüber den Medien, dass das Gesetz der Knesset, das die Annexion des Westjordanlands formalisiert, töricht sei.

J.D. Vance: Oh ja, das war seltsam. Das war eigenartig. Ich war darüber etwas verwirrt. Ich habe tatsächlich jemanden danach gefragt und mir wurde gesagt, dass es sich um eine symbolische Abstimmung handelte, eine symbolische Abstimmung zur Anerkennung oder eine symbolische Abstimmung zur Annexion des Westjordanlands. Was ich dazu sagen würde, ist, dass mir auf meine Frage hin jemand erklärte, es handele sich um einen politischen Trick, der keine praktische Bedeutung habe, sondern rein symbolisch sei. Ich meine, wenn es ein politischer Stunt war, dann war dieser sehr töricht, und ich persönlich empfinde ihn als Beleidigung. Das Westjordanland wird nicht von Israel annektiert werden. Die Politik der Trump-Regierung sieht vor, dass das Westjordanland nicht von Israel annektiert wird. Das wird auch weiterhin unsere Politik bleiben. Und wenn die Leute symbolische Abstimmungen durchführen wollen, können sie das tun. Aber wir waren darüber sicherlich nicht glücklich.

DL: Oh ja, das war seltsam. Das war wirklich seltsam. Ich bin total verwirrt. Ich meine, ist das der Vizepräsident der Vereinigten Staaten oder ein Highschool-Schüler? Die Inkohärenz und das Psychogeschwätz dieser hochrangigen Beamten in der Trump-Regierung überraschen mich immer wieder. Aber wie Sie gehört haben, hat er am Ende seines Kommentars ganz klar gesagt, dass die Trump-Regierung die Annexion des Westjordanlands durch Israel nicht tolerieren wird. Beachten Sie, dass er nichts darüber gesagt hat, dass das Westjordanland ein wichtiger Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates werden soll, und er hat auch nicht erklärt, dass Israel den Ausbau seiner Siedlungen stoppen soll. Er hat ganz sicher nichts darüber gesagt, dass Israel seine derzeitigen Siedlungen aufgeben soll. Daher können wir mit einiger Sicherheit sagen, dass die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung in der Tat eine Illusion bleibt.

Ich möchte mich hier ganz klar ausdrücken, denn als ich mich gestern dazu äußerte, war mein Kommentar zu dieser entschiedenen Ablehnung der formellen Annexion des Westjordanlands durch die Trump-Regierung, dass dies ein Beweis für die Macht der USA über Israel sei. Es ist kein Hexenwerk zu verstehen, dass, wenn ein Staat, eine Regierung oder ein Regime für seine Existenz vollständig von der Unterstützung eines anderen abhängig ist, dieser andere, der die Unterstützung leistet, einen enormen Einfluss auf den Empfänger dieser existenziell wichtigen Unterstützung hat. Und ich sage seit Monaten, dass ein Anruf des US-Präsidenten ausreichen würde, um dem Völkermord ein Ende zu setzen. Hier sehen Sie also einen Beweis für den Einfluss, den die Regierung der Vereinigten Staaten auf Israel ausübt, denn laut Berichten ist das Büro des Premierministers, der Kriegsverbrecher Netanjahu, selbst gegen die Gesetzgebung. Und offenbar sind es auch die meisten Mitglieder seines Kabinetts. Interessanterweise berichtete die Times of Israel gestern, dass aufgrund der Kommentare von Trump und J.D. Vance es „höchst unwahrscheinlich“ sei, dass das entsprechende Gesetz, das derzeit in der Knesset beraten wird, verabschiedet wird.

Als ich gestern diese Ansicht äußerte, schien es einige Missverständnisse über meinen Standpunkt zu geben. Einige Leute interpretierten meine Äußerungen so, als würde ich glauben, dass Donald Trump Israel zur Gewährung eines Staates für das palästinensische Volk zwingen würde, der das besetzte Westjordanland umfassen würde. Das glaube ich

keineswegs. Ich glaube zwar, dass die Trump-Regierung deutliche Anzeichen dafür zeigt, dass sie von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt wird, aber ich habe noch keine Anzeichen dafür gesehen, dass Trump tatsächlich bereit ist, so weit zu gehen. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir meiner Meinung nach mit einiger Sicherheit sagen, dass Trump entschlossen ist, zumindest die Illusion aufrechtzuerhalten, dass die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung weiterhin möglich ist.

Bevor ich fortfahre, möchte ich Ihnen einige zusätzliche Informationen zeigen, die aus Donald Trumps Interview mit dem Time Magazine hervorgegangen sind. Hier sehen Sie einen Beitrag auf X von DD Geopolitics, welche diese Bemerkung aufgegriffen hat. Trump gab zu, dass er an den Payer-Angriffen und dem Sturz von Bashar al-Assad beteiligt war. „In einem Interview mit Time gab Trump seine direkte Beteiligung an den israelischen Payer-Angriffen zu, bei denen Hisbollah-Führer getötet wurden.“ In diesem Beitrag hat DD Geopolitics einen Auszug aus dem Transkript des Interviews mit dem Time Magazine eingefügt. Die Frage lautete: „Sie sind seit weniger als einem Jahr im Amt, Herr Präsident, in Ihrer zweiten Amtszeit, und die Region hat sich bereits verändert; die Führung der Hisbollah wurde dezimiert, Bashar al-Assad wurde durch eine Regierung ersetzt, die eine Normalisierung anstrebt...“ Und Trump sagt: „Und wissen Sie, all diese Angriffe wurden tatsächlich unter meiner direkten Aufsicht durchgeführt.“ Damit scheint er sich auf die Angriffe im Libanon und in Syrien zu beziehen. Aber dann sagte er: „Israel hat die Angriffe mit den Pägern und all dem durchgeführt. Also hatten sie – sehen Sie, Israel hat dieses Land sehr respektiert und mich über alles informiert.“

Abgesehen davon, dass auch Trump offenbar keine zusammenhängenden Sätze formulieren kann, bedeutet das Eingeständnis, dass Israel „ihn über alles informiert“, zweifellos, dass Israel, wie wir und viele Militärexperten bereits gesagt haben, ihm im Voraus von seinem Angriff auf Katar und dem Attentatsversuch auf das Verhandlungsteam der Hamas in Doha berichtet hat. Es würde auch bedeuten, dass Israel Trump nur wenige Stunden vor dem Treffen zwischen Vertretern der iranischen Regierung und Vertretern der Trump-Administration, bei dem die sogenannten Verhandlungen über das iranische Atomprogramm fortgesetzt werden sollten, umfassend über seine Absicht zur Bombardierung des Iran informiert hat. Einer der außergewöhnlichsten Aspekte an Trump ist, dass er ein gewohnheitsmäßiger Lügner ist. Er lügt so leicht, wie er atmet. Er tut dies mit Dreistigkeit, mit höchster Selbstsicherheit, mit Arroganz, und plötzlich plaudert er etwas aus, das eine ganze Reihe schädlicher Lügen offenbart. Ein weiteres Beispiel dafür ist übrigens eine der unerbittlichsten Lügen, die er uns seit der Präsidentschaftskampagne im letzten Jahr erzählt, nämlich dass er sich für den Frieden engagiert und der Präsident sein will, der Kriege beendet, und dass er begierig nach dem Friedensnobelpreis strebt und so fort. Inmitten all dieser Friedensreden hat die Trump-Regierung das Amt des Verteidigungsministers in Kriegsminister umbenannt, was Ihnen so ziemlich alles sagt, was Sie über die militärische Haltung der Vereinigten Staaten wissen müssen.

Bevor ich Ihnen meine Meinung zu all dem Gerede über Trump, der Netanjahu das Handwerk legt und die Unterstützung der USA zurückzieht, und J.D. Vance, der die Annexionsgesetze für dumm hält, mitteile, möchte ich Ihnen eine Beobachtung eines hervorragenden palästinensischen Kommentators, Muhammad Shehada, vorstellen. Dies ist ein Beitrag von Muhammed auf X vom 22. Oktober, in dem er einen Artikel von Drop Site kommentiert, in dem berichtet wird, dass Jared Kushner – ich muss Ihnen sagen, dieser Mann nervt mich unheimlich. Ich betrachte ihn nicht einmal als Mann. Er ist eher ein Kindskopf mit einem bösen, finsternen, ahnungslosen Gesichtsausdruck. „Kushner bestätigte, dass der Wiederaufbau im Gazastreifen nur in den von Israel kontrollierten Gebieten beginnen wird, und sagte, Zitat: ‚Es werden keine Wiederaufbaugelder in Gebiete fließen, die noch von der Hamas kontrolliert werden‘, Zitat Ende. Er beschrieb Pläne für ein ‚neues Gaza‘, das von einer internationalen Truppe aufgebaut und gesichert werden soll, um den Palästinensern ...“ bla bla bla. Wie Mohammed treffend bemerkt: „In den 58 % des Gazastreifens, die unter israelischer Kontrolle stehen, gibt es keine Palästinenser, außer den stellvertretenden Gruppen der IDF (Abu Shahab & Co.). Das ist kein Wiederaufbau, das ist Propaganda!“

Denken Sie einen Moment darüber nach, er hat zweifellos Recht. Stellen wir uns einmal vor, die Israelis und ihre westlichen Unterstützer sowie die arabischen Autokraten würden Milliarden von Dollar in den Wiederaufbau jener Teile des Gazastreifens stecken, die derzeit physisch von den israelischen Völkermordkräften besetzt sind, wo es praktisch keine Palästinenser gibt, und mit dem Bau dieser opulenten Kasinolandschaft beginnen. Glauben Sie wirklich, dass sie die Palästinenser aus dem zerstörten Teil des Gazastreifens, der unter der Kontrolle der Hamas steht, in diese opulente Kasinolandschaft umsiedeln werden, damit sie dort leben? Vielleicht lassen sie ein paar von ihnen als Kellner, Kellnerinnen, Busfahrer und Hausmeister zu. Vielleicht brauchen sie ein paar Leute, die die niederen Arbeiten für die wohlhabenden Westler und Israelis erledigen, die dort leben, arbeiten und spielen. Ich bezweifle allerdings, dass sie das überhaupt tun werden. Das wäre nur eine weitere Ausweitung des israelischen Apartheidregimes. Sie werden keine Palästinenser aus dem zerstörten Teil des Gazastreifens wieder aufnehmen. Es handelt sich nicht um eine nennenswerte Anzahl. In Wirklichkeit ist dieser sogenannte Wiederaufbauplan darauf ausgelegt, Gaza mit jüdischen Menschen zu besiedeln, was genau der erklärten Absicht der fanatischeren Mitglieder des kriminellen Kabinetts Israels während praktisch des gesamten Völkermords im Gazastreifen entspricht. Das ist es, was hier vor sich geht.

Warum macht Trump sich dennoch die Mühe, der Presse entweder direkt oder über Stellvertreter mitzuteilen, dass er „Netanjahu zunichte machen“ und alle US-Unterstützung zurückziehen wird, wenn Israel die Annexion des Westjordanlands formalisiert? Und warum inszenieren sie diese große Show, Gaza wieder aufzubauen und eine internationale Sicherheitskraft für Gaza zusammenzustellen und so weiter? Kurz gesagt, ich denke, es gibt einen enormen Druck, der mit verschiedenen Mitteln und aus verschiedenen Quellen auf Israel, das Trump-Regime und andere westliche Unterstützer Israels ausgeübt wird. An erster Stelle steht dabei wohl der militärische Druck. Die israelische Armee ist, wie ich schon mehrfach gesagt habe, ein Chaos. Sie ist demoralisiert, diskreditiert, dezimiert, besiegt und braucht dringend eine Gelegenheit, sich zu erholen, zu regenerieren und sich neu zu

versorgen. Und natürlich werden sich viele ihrer Soldaten, Zehntausende von ihnen, nie wieder erholen, weil sie dauerhaft behindert sind oder unter schwerer PTBS leiden. Das ist eine der Ursachen für den Druck.

Eine weitere Quelle des Drucks sind die wirtschaftlichen Probleme, mit denen Israel zu kämpfen hat. Tatsächlich gibt es einen Bericht, wonach der fanatische Smotrich, Israels Finanzminister, laut israelischen Medienberichten plant, im kommenden Haushalt der Netanjahu-Regierung massive Kürzungen im Militärbudget Israels vorzunehmen – aber wenn sie Milliarden und Abermilliarden Schekel aus dem Militärbudget streichen, dann spürt dieser hypermilitaristische Staat, der noch nie eine Gelegenheit zum Krieg ausgeschlagen hat, dass er unter erheblichem finanziellen Druck und fiskalischen Zwängen steht. Und natürlich gibt es die immense und immer weiter wachsende Unterstützung der Zivilgesellschaft, die auf die westlichen Regierungen Druck ausübt. Umfrage um Umfrage zeigt, dass die Unterstützung für Israel stark zurückgegangen ist, auch in den Vereinigten Staaten und sogar unter jungen Republikanern, den zukünftigen Führern der Republikanischen Partei.

Und natürlich wird auch Druck durch das Rechtssystem, das internationale Rechtssystem und möglicherweise auch durch nationale Rechtssysteme ausgeübt. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen eine sehr wichtige rechtliche Entwicklung erläutern, die sich diese Woche ereignet hat. Nach Beginn des Völkermords durch Israel hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Internationalen Gerichtshof gebeten, ein Gutachten zu folgender Frage abzugeben: „Welche Verpflichtungen hat Israel als Besatzungsmacht und als Mitglied der Vereinten Nationen in Bezug auf die Präsenz und die Aktivitäten der UN, einschließlich ihrer Agenturen und Organe, und in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich der Gewährleistung und Erleichterung der ungehinderten Bereitstellung dringend benötigter Güter, die für das Überleben der palästinensischen Zivilbevölkerung unerlässlich sind, sowie grundlegender Dienstleistungen und humanitärer und Entwicklungshilfe?“ Am 22. Oktober, dem Donnerstag der vergangenen Woche, hat der IGH sein Gutachten vorgelegt, das ich gerne mit Ihnen genauer betrachten möchte. Hier sehen Sie den verfügbaren Teil, also die eigentlichen Elemente der Entscheidung. Ganz oben heißt es, dass „Israel als Besatzungsmacht verpflichtet ist, seinen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen“. Damit bestätigt sie eine bereits mehrfach getroffene Entscheidung, dass Israel tatsächlich eine Besatzungsmacht im Sinne des Völkerrechts ist.

Und es wird einstimmig beschlossen, dass „Israel verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die Bevölkerung der besetzten palästinensischen Gebiete mit den lebensnotwendigen Gütern des täglichen Bedarfs versorgt wird, darunter Nahrung, Wasser, Kleidung, Bettzeug, Unterkunft, Brennstoff, medizinische Versorgung und Dienstleistungen“. Beachten Sie, dass dies nicht an die Bedingung geknüpft ist, dass die Hamas oder andere Widerstandsgruppen sich entwaffnen. Es ist auch nicht davon abhängig, dass der Widerstand die Leichen aller israelischen Gefangenen übergibt, die in Gefangenschaft getötet wurden – viele von ihnen übrigens durch Israel. Es ist auch nicht davon abhängig, dass die Hamas oder eine andere Widerstandsgruppe zustimmt, nicht in der Regierung im Gazastreifen oder anderswo im

besetzten Palästina mitzuwirken. Ich habe dies wiederholt gesagt. Dies ist eine Verpflichtung, die Israel unabhängig von den Äußerungen oder Handlungen der Hamas oder anderer Widerstandsgruppen hat. Wenn also westliche Medien und westliche Politiker dies als Schuld der Hamas darstellen, weil sie sagen, die Hamas habe einige Leichen nicht übergeben oder weigere sich, sich zu entwaffnen, dann sind ihre Behauptungen zunächst einmal oft einfach falsch. Es gibt beispielsweise keinerlei Anzeichen dafür, dass die Hamas die Leichen toter Gefangener zurückhält. Und die internationale Rechtsgemeinschaft hat kein Recht, den Palästinensern ihr Recht auf bewaffneten Widerstand gegen ein genozidales Regime zu nehmen. Aber selbst wenn man das alles ignoriert, selbst wenn sie Recht hätten, dass die Hamas sich entwaffnen sollte und dass die Hamas die Leichen toter Gefangener zurückhält, hätte Israel nicht das Recht, der Zivilbevölkerung in Gaza humanitäre Hilfe vorzuenthalten.

Weiter heißt es dann, dies ist Klausel B auf dem Bildschirm, mit zehn zu einer Stimme, dass „Israel mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung des besetzten palästinensischen Gebiets erleichtern muss, solange diese Bevölkerung unzureichend versorgt ist“. Sie sind also nicht nur verpflichtet, die Hilfe hereinzulassen. Sie haben als Besatzungsmacht eine positive Verpflichtung, die Lieferung von Hilfe zu erleichtern. Dazu gehört auch, dass Israel den Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen und ihrer Einrichtungen, insbesondere des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, das Israel wiederholt als terroristische Organisation bezeichnet hat, im Gazastreifen zustimmt und die Lieferung dieser Hilfsgüter ermöglicht. Die einzige Richterin, die dagegen gestimmt hat, ist die ugandische Richterin Sebutinde, die kürzlich die schockierende Ansicht geäußert hat, dass wir alle eine göttliche Verpflichtung zur Unterstützung Israels hätten. Es ist erstaunlich, dass diese Verrückte weiterhin Mitglied des Internationalen Gerichtshofs ist, aber ungeachtet ihrer Anwesenheit dort hat der Internationale Gerichtshof Israels Verleumdung des Hilfswerks der Vereinten Nationen nachdrücklich zurückgewiesen. [...]

Westliche Regierungen, darunter auch die kanadische Regierung, haben zumindest vorübergehend ihre finanzielle Unterstützung für UNRWA zurückgezogen, die so vielen Palästinensern im Gazastreifen das Überleben sicherte, und zwar aufgrund der absurden Behauptung Israels, UNRWA sei in Wirklichkeit ein Zufluchtsort für Hamas-Terroristen. Sie können den Rest dieser Stellungnahme weiterlesen. Sie ist ziemlich lang. Wenn Sie sich die Zeit nehmen, ihn durchzulesen, werden Sie immer wieder feststellen, dass Sebutinde, die ugandische Richterin, von einer Entscheidung abweicht, die alle anderen Richter des IGH unterstützt haben. Aber dies ist ein weiterer Fortschritt in dem Bestreben, Israel für seine Verbrechen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Und natürlich wird der Völkermordprozess vor dem Internationalen Gerichtshof weitergeführt, der von Südafrika angestrengt wurde und dem sich seitdem viele andere Regierungen aus aller Welt angeschlossen haben. Was wird diese Entscheidung also bewirken? Sie wird sicherlich moralischen Druck auf westliche Regierungen ausüben, die Aktivitäten der UNRWA zu unterstützen, die von entscheidender Bedeutung sind, und Israels Verunglimpfung der Organisation zurückzuweisen. Letztendlich wäre es jedoch Aufgabe des Sicherheitsrats, sie durchzusetzen. Und natürlich ist zu erwarten, dass die Trump-Regierung jeden Versuch, sie

durchzusetzen, mit einem Veto blockieren wird. Wir sind also noch weit entfernt von einer echten rechtlichen Rechenschaftspflicht für die völkermordende Entität und ihre militärischen und politischen Führer, obwohl wir bedeutende Fortschritte in Richtung einer rechtlichen Rechenschaftspflicht gemacht haben.

Nun möchte ich zu meiner Verhaftung und Inhaftierung gestern in Amman kommen. Nachdem mir am Mittwoch dieser Woche von Beamten der genozidalen Entität die Einreise in das besetzte Palästina verwehrt worden war, beschloss ich, auf Plan B zurückzugreifen. Ich bin hier in Amman. Ich war schon einmal hier, aber nur für 24 bis 48 Stunden, und habe fast nichts von dem Land gesehen. Ich beschloss, in den nächsten Tagen vor Ort zu berichten. Das Thema meiner Berichterstattung sollte die israelische Präsenz im Land und der US-Imperialismus sein. Also beschloss ich, meinen Bericht vor der israelischen Botschaft in Amman zu beginnen. Übrigens hatte ich zuvor bereits vor israelischen und anderen Botschaften in westlichen Ländern Videoberichte gedreht. Zum Beispiel machte ich einen solchen Bericht vor der israelischen Botschaft in Athen, Griechenland. Ich gebe offen zu, dass ich bei einigen dieser Gelegenheiten von der Polizei befragt wurde. Einmal sagte mir die Polizei einfach, ich dürfe das nicht tun. Das war, als ich versuchte, vor der israelischen Botschaft in Nikosia, Zypern, einen Bericht zu filmen. Aber ich wurde deswegen nie verhaftet.

Also machte ich mich auf den Weg zum israelischen Konsulat in Amman. Ich war noch nie zuvor dort gewesen. Zur Hintergrundinformation: Jordanien schloss 1994, als Bill Clinton Präsident war, ein Friedensabkommen mit Israel. Im Rahmen dieses Abkommens nahmen Jordanien und Israel volle diplomatische Beziehungen auf. Außerdem trat Jordanien alle Ansprüche auf das Westjordanland und Ostjerusalem an die Palästinensische Autonomiebehörde ab. Jordanische Streitkräfte hatten 1948, etwa zur Zeit der Gründung Israels, die Kontrolle über das Westjordanland und Ostjerusalem übernommen, verloren diese jedoch im Krieg von 1967, als die israelische Besatzung begann. Seit dieser Zeit, fast unmittelbar nach dem Krieg von 1967, begann Israel mit dem Bau illegaler Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem, wobei die jordanische Autokratie seitdem im Wesentlichen nichts Bedeutendes unternommen hat, um sich diesen Kriegsverbrechen zu widersetzen. Sie hat die diplomatischen Beziehungen zu Israel während der gesamten Zeit aufrechterhalten. Ebenso wie die wirtschaftlichen Beziehungen und verschiedene Formen der militärischen Zusammenarbeit.

Die israelische Botschaft in Amman ist ein fünfstöckiges Gebäude – ich glaube, es hat etwa fünf Stockwerke – in einem nordöstlichen Stadtteil namens Rabiah, einem wohlhabenden Teil der Stadt. Seit Beginn des Völkermords war die Botschaft Schauplatz zahlreicher Proteste. Außerdem gab es letztes Jahr in der Nähe der Botschaft einen Schusswechsel, bei dem ein Bewaffneter sich dem Gebäude näherte und drei jordanische Polizisten verletzte, bevor er erschossen wurde. Die Öffentlichkeit kann sich dem Gebäude nicht nähern, ohne Sicherheitskontrollen zu passieren. Das wurde mir klar, als ich auf einer für jedermann zugänglichen öffentlichen Straße in der Nähe des Gebäudes entlangging. Als ich mit den Dreharbeiten begann, befand ich mich etwa hundert Meter, vielleicht 150 Meter vom

Gebäude entfernt. Ich konnte weder die Vorder- noch die Rückseite sehen, sondern nur eine Seite. Interessanterweise wehte keine israelische Flagge auf dem Gebäude. Zumaldest konnte ich von meinem Standort aus keine sehen, und ich konnte auch keine Menschen sehen, die das Gebäude betreten oder verließen. Um auch nur in die Nähe des Gebäudes zu gelangen, hätte man, soweit ich mich erinnere, mindestens zwei Kontrollpunkte passieren müssen. Ich habe also keinen Versuch unternommen, mich dem Gebäude zu nähern, und ich hatte auch kein Verlangen danach.

Als ich also auf dieser ruhigen, öffentlich zugänglichen Straße stand, begann ich, eine Einleitung zu meinem Bericht zu filmen. Ich wurde sofort von etwa zehn Polizisten umringt, von denen einige in Zivilkleidung und andere in Uniform waren. Sie nahmen mir sofort mein iPhone weg. Sie stellten sehr schnell fest, dass ich ein Video auf dem Gerät hatte, auf dem im Hintergrund in der Ferne die israelische Botschaft zu sehen war. Einer von ihnen sagte mir, dass dies ein gesperrtes Militärgebiet sei und dass jegliches Fotografieren verboten sei. Vor Ort habe ich keine Schilder gesehen, zumaldest keine, die ich verstehen konnte, die darauf hinwiesen, dass es sich um ein Militärgebiet handelt oder dass die Verwendung von Fotoausrüstung verboten ist. Ich bin mir ziemlich sicher, dass es keine solchen Schilder gab, da ich mich vergewissert habe, dass nichts darauf hindeutete, dass ich gegen lokale Gesetze verstieß. Einer dieser Polizisten sprach tatsächlich recht gut Englisch. Die anderen sprachen, soweit ich das beurteilen konnte, kein Wort Englisch, also übersetzte er für sie. Ich holte meinen Reisepass heraus, man verlangte meinen Ausweis zu sehen. Ich teilte ihnen mit, dass ich Journalist bin. Ich erzählte ihnen von meinem YouTube-Kanal Reason2Resist und erklärte ihnen meine Tätigkeit. Ich erzählte ihnen sogar, dass ich diese Woche versucht hatte, in das besetzte Palästina einzureisen, aber daran gehindert worden war. Der Grund, warum ich es für notwendig hielt, ihnen das zu erzählen, war, dass sie meinen Reisepass durchblätterten und bemerkten, dass darin innerhalb sehr kurzer Zeit mehrere Stempel vermerkt waren, die meine Einreise nach Jordanien dokumentierten. Ich wollte nicht, dass sie dachten, ich würde etwas Verdächtiges tun, indem ich aus dem Land ein- und ausreiste. Ich sagte ihnen, dass ich zweimal versucht hatte, über die Allenby-Brücke nach Palästina einzureisen, und dass beide Versuche erfolglos geblieben waren. Deshalb gab es drei Stempel, die drei Einreisen nach Jordanien in den letzten Tagen dokumentierten. Und ich erklärte ihnen, dass der Grund für die Ablehnung laut dem Israeli, mit dem ich gesprochen hatte, darin lag, dass ich, wie er es ausdrückte, „überall, wo ich hingehe, gegen Israel sei“. Das ist mein bester Versuch, einen israelischen Akzent nachzuahmen. Jedenfalls beruhigten sie sich allmählich. Ich muss sagen, dass sie nicht bedrohlich wirkten, mich nicht mit Handschellen fesselten und mich nicht anfassten. Ich war sehr kooperativ. Sie hatten keinen Grund dazu und schienen auch nicht dazu geneigt zu sein. Und je mehr ich ihnen von meiner Tätigkeit erzählte, desto entspannter und freundlicher wurden sie am Ende unseres Gesprächs. Aber sie ließen mich etwa anderthalb Stunden lang dort stehen. Und während ich dort stand, tauchten weitere Beamte oder Sicherheitsbeamte in Zivilkleidung auf. Und all das musste ich ihnen noch einmal erklären. Nachdem ich also etwa anderthalb Stunden dort gestanden hatte – ich sollte übrigens erwähnen, dass ich die Gesamtzahl der Polizisten gezählt habe, die mit mir interagierten, während ich auf der Straße stand, und es waren 15. 15 an der Zahl.

Nach etwa anderthalb Stunden teilten sie mir mit, dass ich zur Polizeistation fahren müsse. Und sie sagten, und das habe ich gestern den ganzen Tag über immer wieder gehört, dass es sich um eine „kleine Formalität, nur eine kleine Formalität“ handele und ich nur ein paar Minuten dort sein müsse. Also brachten sie mich zur Polizeistation, die etwa 20 Autominuten entfernt war. Sie setzten mich in ein Polizeifahrzeug, ein Polizist saß hinten bei mir und zwei weitere vorne. Während dieser ganzen Zeit haben sie mir zu keinem Zeitpunkt Handschellen angelegt. Bevor ich Ihnen erzähle, was auf der Polizeiwache passiert ist, möchte ich nur sagen, dass ich mich auf seltsame Weise über dieses Ereignis glücklich schätze, denn der journalistische Wert dessen, was ich auf der Polizeiwache gesehen und erlebt habe, ist meiner Meinung nach wesentlich größer als der journalistische Wert meiner Einleitung zu meinem Bericht, die ich 100 Meter von der israelischen Botschaft entfernt gemacht habe. Ich könnte Ihnen einfach beschreiben, was ich dort gesehen habe, so wie ich es gerade getan habe. Und wenn Sie zufällig in Amman sind, könnten Sie die gleiche Straße entlanggehen, die ich genommen habe, und sich selbst ein Bild davon machen, wie das Gelände der israelischen Botschaft aussieht. Aber was ich auf der Polizeiwache gesehen habe, kann man nur erleben, wenn man entweder verhaftet wird oder Polizist ist. Und das war ziemlich interessant.

Als ich also auf der Polizeistation ankam, brachten mich diese Beamten sofort in ein Büro, an dessen Tür in Englisch „Security Branch“ (Sicherheitsabteilung) stand, daneben auch in Arabisch. Sie klopften an die Tür. Ein großer Mann in Zivilkleidung betrat den Raum, in dem ein großer Schreibtisch und Sofas standen, und er sah aus wie der Obermacker. Später erfuhr ich, dass er der Leiter der Sicherheitsabteilung war, und mir wurde gesagt, dass die Security Branch der Geheimdienst der jordanischen Polizei sei. Wir setzten uns, und zu diesem Zeitpunkt hatte sich der einzige Polizist, der fließend Englisch sprach, um etwas anderes zu kümmern. Er hatte uns eigentlich gar nicht zur Polizeistation begleitet, und es gab dort keine anderen Personen, die einigermaßen gut Englisch sprachen, keine anderen Polizisten oder Sicherheitsbeamten. Daher konnten sie bei der Befragung im Büro des Chefs nicht viel verstehen. Und er befahl ihnen, mich in den Erfassungsraum zu bringen, um mich zu registrieren oder zumindest irgendwie zu erfassen. Auch hier legten sie mir zu keinem Zeitpunkt Handschellen an. Als ich diesen Raum betrat, sah ich einen Tresen, auf der anderen Seite des Tresens stand eine Couch, und auf der anderen Seite des Tresens standen ebenfalls einige Schreibtische. Sie weisen mich also an, mich auf die Couch direkt neben einem der Schreibtische zu setzen, wo ein Beamter sitzt, der eine Art Netzhaut-Scanner vor mich hält und mich auffordert, hinein zu schauen. Er macht ein Foto, nimmt meinen Reisepass und gibt eine Menge Informationen in den Computer ein. Das dauert etwa eine halbe Stunde.

Als ich den Raum betrat, bemerkte ich, dass nur eine Person registriert wurde, und zwar eine etwa 35-jährige Frau aus Bangladesch, die ziemlich verängstigt wirkte. Später konnte ich mich kurz mit ihr unterhalten. Sie sprach nur sehr wenig Englisch, aber soweit ich verstanden habe, hatte sie keine gültigen Papiere für Jordanien und wurde später am selben Tag abgeführt. Sie wurde respektvoll behandelt, aber ich hatte das Gefühl, dass sie wahrscheinlich aus dem Land abgeschoben werden würde. Das hat sie sehr mitgenommen. Als ich hereinkam, baten sie sie, zur Seite zu gehen. Ich setzte mich an den Schreibtisch und

durchlief den gesamten Prozess. Dann brachten sie mich in die Zelle. Die Gefängniszelle befand sich tatsächlich in demselben Raum, in dem die Registrierung stattfand. Es war eine Zelle von etwa einem Meter mal vier Metern. Es gab eine Betonplatte, auf der bis zu drei Personen sitzen konnten. Es gab kein Bett, es gab keine Toilette. Auf dem Boden lag eine Schaumstoffmatte mit einer schmutzigen Decke für diejenigen, die dort übernachteten mussten. Und sie hielten mich stundenlang dort fest.

Zu diesem Zeitpunkt konnte mir niemand wirklich erklären, warum ich in der Gefängniszelle festgehalten wurde, da sie kein Englisch sprachen. Nach ein paar Stunden kam der Leiter der Sicherheitsabteilung in den Raum, begleitet von einer weiteren Person in Zivilkleidung, die fließend Englisch sprach. Sie holten mich aus der Zelle und brachten mich nach unten in den Keller, wo sie mich verhörten. Ich erfuhr, dass die erschienene Person ein professioneller Übersetzer des jordanischen Justizministeriums war. Sie verhörten mich etwa 45 Minuten lang. Zugegen waren also der Hauptmann, der Übersetzer und ein Polizist, der alle Informationen in einen Computer eintippte. Mitten im Verhör, zu einem Zeitpunkt, als der Hauptmann aufgrund meiner Erklärung, was ich tat, entspannt zu sein schien und sich beruhigt hatte, stand er auf und ging. Mir wurde gesagt, dass er sich um einen anderen Notfall kümmern müsse. Nun war ich allein mit dem Übersetzer und dem Polizisten, der meine Aussagen notierte, in dem Raum.

Als sie mit ihren Fragen fertig waren, erfuhr ich, dass die Mutter des Polizeibeamten, der sich Notizen machte, tatsächlich aus Gaza stammt. Er selbst war in Jordanien geboren und aufgewachsen und war noch nie in Palästina gewesen. Der Übersetzer erzählte mir, dass sein Vater aus Ramallah im besetzten Westjordanland stammte und auch er noch nie in Palästina gewesen war, obwohl es direkt gegenüber vom Jordan liegt. Beide, insbesondere der Übersetzer, ließen mich erkennen, dass sie meine Ansichten sehr sympathisch fanden. Sie fragten mich: „Warum waren Sie bei der Botschaft?“, und ich antwortete: „Ich wollte, dass die Menschen, mein Publikum, verstehen, dass Israel hier eine Botschaft in einem wohlhabenden Viertel hat, dass es formelle diplomatische Beziehungen unterhält, und ich wollte die Ansicht zum Ausdruck bringen, dass Jordanien alle diplomatischen Beziehungen zu Israel abbrechen und israelische Diplomaten aus dem Land ausweisen sollte, da sie Völkermord begehen.“ Als ich das sagte, nickten beide nachdrücklich und bekundeten ihre Zustimmung zu meiner Ansicht, was ich ziemlich interessant fand.

Nachdem das passiert war, brachten sie mich zurück in die Gefängniszelle. Zu diesem Zeitpunkt tauchten auch andere Leute auf. Die Frau aus Bangladesch war nicht mehr da, aber verschiedene Personen, die aus mir unbekannten Gründen festgenommen worden waren, alles Männer, kamen herein. Eine besonders interessante Person war dabei, ein ziemlich kleiner Mann, der Handschellen trug und kein Englisch sprach. Er kam herein, schrie und war wütend, und es sah für mich so aus, als hätte er sich in irgendeiner Auseinandersetzung befunden. Ich wusste nicht, mit wem. Er wurde von einem größeren Mann begleitet, der gebrochenes Englisch sprach. Sie setzten sich auf die Couch, wurden registriert und in die Zelle gebracht. Nachdem sie in die Zelle gebracht worden waren, kam ein weiterer Mann in Handschellen herein, der wie die jordanische Version eines russischen Gangsters aussah. Er

war riesig – massive Arme, Tätowierungen am ganzen Hals und an den Armen, ein Bürstenschnitt, und das Seltsame an ihm war, dass er, obwohl er sehr bedrohlich aussah, gegenüber der Polizei äußerst respektvoll und sehr leise sprach.

Als er den Raum betrat, fing der kleine Mann, der so lebhaft gewesen war, als er in den Verhörraum gebracht wurde, an zu schreien. Soweit ich das beurteilen konnte, hatten er und der große Mann eine Auseinandersetzung gehabt. Tatsächlich schien der kleine Mann irgendwann aus der Zelle herauskommen und auf den großen Mann einschlagen zu wollen. Während dieser ganzen Zeit zeigten die Polizisten tatsächlich viel Zurückhaltung. Sie gingen mit all diesen Personen um, als würden sie sie kennen und als wären sie mit ihnen befreundet. Das Seltsamste daran war, dass sie uns an verschiedenen Stellen erlaubten, die Zelle zu verlassen und einfach im Erfassungsraum zu verweilen. Wir durften den Erfassungsraum nicht verlassen, und dann wiesen sie uns an, uns auf die Couch zu setzen, und brachten uns dann zurück in die Zelle. Das machten sie mit allen Häftlingen während der sieben oder acht Stunden, die ich auf der Polizeiwache war.

Mit der Zeit begann ich mir Sorgen zu machen, denn obwohl das Verhalten der Menschen dort nicht bedrohlich wirkte, verstand ich ihr Verhalten mir gegenüber nicht wirklich. Ich habe Menschenrechtsberichte über die Unterdrückung pro-palästinensischer Stimmen in diesem Land gelesen, die von renommierten Menschenrechtsorganisationen verfasst wurden. Auf der Grundlage der Menschenrechtsberichte, die ich gelesen habe, muss ich sagen, dass die jordanische Autokratie bei weitem nicht so schlimm ist wie beispielsweise die israelische oder die saudische Autokratie oder der ägyptische Diktator und bestimmte andere Regime in der Region. Aber es gibt eine beträchtliche Anzahl dokumentierter Beweise für die schwere Unterdrückung von Dissidenten innerhalb des sogenannten Haschemitischen Königreichs Jordanien. Ich war also besorgt über die Entwicklung der Lage und begann, über diesen großen Häftling, der nach mir angekommen war und gebrochenes Englisch sprach, zu verlangen, dass man mir erlaubte, die kanadische Botschaft zu kontaktieren, um konsularische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Jedes Mal, wenn ich danach fragte, erzählten sie mir irgendwelche Geschichten darüber, dass dies ein kleiner Vorgang sei und ich nur noch fünf Minuten warten müsse, dann würden sie mich gehen lassen und alles würde sich klären. Aber Stunde um Stunde verging, und ich wurde immer hartnäckiger. Gegen acht Uhr abends forderte ich schließlich mit erhobener Stimme: „Ich möchte jetzt das kanadische Konsulat anrufen. Ich habe das Recht dazu, und Sie hindern mich daran, dieses Recht auszuüben.“ Dies wurde erneut für den diensthabenden Beamten im Erfassungsraum übersetzt. Diesmal schien er mich ernst zu nehmen. Ich glaube, er erkannte, dass er mich nicht länger hinhalten konnte. Also fragte er mich über diesen Mann, der gebrochenes Englisch sprach, ob ich die Telefonnummer des kanadischen Konsulats hätte. Ich sagte, ich hätte sie nicht. Ich sagte, geben Sie mir einfach mein Telefon, ich werde es bei Google suchen. Und er antwortete: „Nein, ich kann Ihnen Ihr Telefon nicht geben.“

An diesem Punkt erklärte er mir, dass ich festgehalten wurde, weil mein Telefon einer forensischen Untersuchung unterzogen werden sollte. Sie warteten darauf, dass die Experten im Revier eintrafen, um mein Telefon zu untersuchen, womit ich nicht einverstanden war und

auch nicht einverstanden gewesen war. Also gab er mir sein Telefon, damit ich die Nummer des kanadischen Konsulats herausfinden konnte. Das tat ich, und dann brachte er uns, mich und den Häftling, der gebrochenes Englisch sprach, in ein anderes Büro und begann, die Telefonnummer des kanadischen Konsulats über die Freisprechanlage anzurufen. In diesem Moment kam der Leiter der Sicherheitsabteilung herein und wies den Mann, der das kanadische Konsulat angerufen hatte, an – wir hatten tatsächlich eine Verbindung hergestellt, und ich konnte eine automatische Ansage hören, als dies geschah –, und bevor ich antworten oder mich durch das automatische System weiterverbinden lassen konnte, um mit einem Menschen zu sprechen, legte der Polizeibeamte, der die Nummer gewählt hatte, auf, und der Leiter der Sicherheitsabteilung wies an, mich in sein Büro zu bringen. Wir gehen in sein Büro, und er beschließt vor meinen Augen, mir mein Handy zurückzugeben, ohne dass eine forensische Untersuchung durchgeführt wird, aber er schaut mir über die Schulter, während ich das Video lösche, das ich vor dem israelischen Konsulat aufgenommen habe, und dann lässt er mich eine Erklärung unterschreiben, dass ich mich für den Rest meines Aufenthalts hier an die Gesetze des Haschemitischen Königreichs Jordanien halten werde. Er sagte, es sei strengstens verboten, Botschaften, nicht nur die israelische Botschaft, militärische Einrichtungen oder Regierungsgebäude zu fotografieren oder auf Video aufzunehmen. Außerdem würde selbst das kanadische Konsulat meine Inhaftierung nicht verhindern können, sollte ich dies während meines Aufenthalts hier erneut tun.

An diesem Punkt durfte ich nach einer strengen Verwarnung gehen. Die einzigen weiteren interessanten kulturellen Details, die ich dabei erlebt habe, waren, dass in jedem einzelnen Raum der Polizeiwache – ich glaube, sie haben mich am Ende in fünf oder sechs verschiedene Räume gebracht – drei Fotos hingen. Eines von König Hussein dem Älteren, dann dem derzeitigen König, und dem Sohn, der zum Kronprinzen von Jordanien ernannt wurde und die Nachfolge des derzeitigen Königs antreten wird. In jedem einzelnen Raum hingen diese drei großen Porträts, immer dieselben Porträts. Und als ich dort in der Gefängniszelle saß und diese Porträts betrachtete, begann ich vor Wut zu kochen, denn ehrlich gesagt wäre das Ganze gar nicht passiert, wenn diese Autokraten den Anstand gehabt hätten, ihre Beziehungen zu einem Staat abzubrechen, der vor den Augen der Welt einen Völkermord begeht. Es hätte keinen Bericht vor der israelischen Botschaft gegeben, weil es keine israelische Botschaft in Jordanien gegeben hätte. Aber es ist ganz offensichtlich, dass in diesem Land der königliche Vasall Washingtons das Sagen hat. Ein weiteres interessantes kulturelles Detail ist, dass ich so lange saß, Stunde um Stunde, und von Zeit zu Zeit meine Beine übereinanderschlug. Ich schlug ein Bein über das andere. Und jedes Mal, wenn das passierte, zwang mich jemand, meinen Fuß auf den Boden zu stellen, beide Füße auf den Boden. Und als ich im Büro des Hauptmanns war, passierte es kurz bevor er mich gehen ließ, erneut. Ich saß auf der Couch, legte meinen Fuß über mein Bein und fragte schließlich den Mann, der gebrochenes Englisch sprach und als Übersetzer für den Hauptmann hinzugezogen worden war, warum sie das taten. Warum sagen mir die Leute immer wieder, ich solle beide Füße auf den Boden stellen? Er sagte, weil Sie dem Mann zu Ihrer Rechten die Fußsohlen zeigen. Und das ist äußerst unhöflich. Wenn ich also nichts anderes gelernt habe, dann zumindest, dass das in diesem Teil der Welt ein No-Go ist.

Auf jeden Fall hatte ich vor, in meiner Berichterstattung hier Informationen über die militärischen Einrichtungen aufzunehmen. Etwa anderthalb Stunden von hier entfernt befindet sich eine große, öffentlich bekannte Militäranlage, in der sowohl das jordanische als auch das US-Militär operieren. Und in der Nähe der Grenze, ich glaube zum Irak, gibt es eine geheime Militärbasis namens Tower 22. Sie wurde letztes Jahr bekannt, als drei dort stationierte Nationalgardisten bei einem Drohnenangriff getötet und viele weitere verletzt wurden. Ich hatte vor, den ganzen Weg dorthin zu fahren, aber angesichts dieser Entwicklungen halte ich das für nicht ratsam. Obwohl ich mehr als bereit bin, für die Gerechtigkeit ins Gefängnis zu gehen, möchte ich sicher sein, dass damit viel mehr erreicht wird, als nur ein paar Videoaufnahmen und Fotos von Militärbasen zu machen. Ich werde also vor meiner Abreise in ein paar Tagen vor Ort berichten, mich aber auf andere Themen konzentrieren. Halten Sie sich also auf dem Laufenden. Ich werde mich mit einem weiteren Bericht aus Jordanien im Namen von Reason2Resist bei Ihnen melden. Vorerst verabschiede ich mich aus Amman am 24. Oktober 2025.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVis>

m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org